

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN - LENINISTEN IN DER KPÖ

Jgg. 1964/4(8)

15. Februar

Einzelpreis S 3,--

DAS SCHWEIGEN IST GEBROCHEN!

Das Eis des Schweigens ist gebrochen. Drei Monate lang hat die Parteiführung mit allen Mitteln versucht, zuzudecken und totzuschweigen, daß sich auch in der Kommunistischen Partei Österreichs eine kräftige antirevisionistische Strömung herausgebildet hat, daß - von hunderten opferbereiten Kommunisten getragen - eine marxistisch-leninistische Zeitung gegründet wurde, und daß die revolutionäre Kritik an der zusehends zum Sozialdemokratismus abgleitenden Politik des Polbüros immer breitere Kreise der Parteiöffentlichkeit erfaßt. Drei Monate lang hat man so getan, als ob es keine "ROTE FAHNE" gäbe, als ob sie "unwesentlich", "belanglos" wäre. Fragten die Genossen selbst danach, so antwortete man ihnen entweder mit nachsichtigem Lächeln, sie sei das Werk einiger weniger einflußloser "Dogmatiker", bzw. sang einige Strophen des bekannten Liedes, das seit vielen Jahrzehnten zu den Lieblingsliedern der Reaktion gehört: "Ausländer sind es zumeist/die unter uns gesät den Geist/der Rebellion!"

Das Leben selbst, die Entwicklung innerhalb der Partei, haben diese Vogel-Strauß-Politik über den Haufen geworfen. Die wachsende Zustimmung und Unterstützung, die der Standpunkt der "ROTEN FAHNE" in den Parteiorganisationen findet, haben deutlich gemacht, daß man Tatsachen nicht aus der Welt schaffen kann, indem man sie ignoriert.

So ist es gekommen, daß es der Vorsitzende der Partei bei der Feier zum 30. Jahrestag der Februarkämpfe (am 8. Feber in der Wiener Stadthalle) vor über 3000 Aktivisten der Partei für notwendig gehalten hat, auch über jene Genossen zu sprechen, die die Parteiführung des Revisionismus beschuldigen und ihre gegenwärtige Politik kritisieren. Genosse KOPLINIG hatte nach seinen diesbezüglichen Sätzen eine kleine Kunstpause gemacht - anscheinend hatte er Beifall erwartet - aber nicht eine

Aus dem Inhalt:

Noch einmal zum 12. Feber 1934

Kampf um den Frieden - aber wie?

Die Revisionisten legalisieren die Konterrevolution

Landessekretär Genosse
Kammerstätter abgeschossen!

Wiederaufbau der Kommunistischen
Partei in Belgien

Hand regte sich. Drei Tage danach kam der "Volksstimme" mit spürbarer Anstrengung erstmals der Name der "ROTEN FAHNE" über die Lippen. In ihrem Artikel schrieb die "Volksstimme" über den (noch immer nicht rechtskräftigen!) Ausschluß des Herausgebers der "ROTEN FAHNE", doch es war offensichtlich, daß es nicht um eine Person, sondern um jene Hunderte Kommunisten ging, die die "ROTE FAHNE" materiell erhalten, ihr Briefe, Artikel und Adressen senden, die "ROTE FAHNE" verteilen und im Sinne ihrer marxistisch-leninistischen und internationalistischen Argumente auftreten. Alle diese Genossen bedroht die "Volksstimme" mit Sanktionen! Das Konzil in Rom hat den berüchtigten "Index" der verbotenen Literatur abgeschafft - das Polbüro der KPÖ möchte ihn neu einführen und setzt als erstes die "ROTE FAHNE" drauf!

LIEBE METTERNICHE, GESTATTET UNS DIE FRAGE: KÖNNT IHR UNS AUCH NUR EIN EINZIGES BEISPIEL NENNEN, WO EINE SOLCHE POLITIK ETWAS GENÜTZT HÄTTE?

Offenbar glauben die Revisionisten selbst nicht an die Wirkung ihrer Verbote und wollen damit nur Ängstliche schrecken. Denn als Genosse STROBL vor der Wiener Schiedskommission die Frage stellte, wie man den Ausschluß sämtlicher Aktivisten der "ROTEN FAHNE" zustandebringen wolle, ohne die Partei zu spalten, ob man wirklich Dutzende ihrer angesehensten örtlichen Funktionäre, Betriebsräte, ja sogar ganze Parteiorganisationen fortschicken wolle, da stammelte Anton SCHNEIDER, der Sekretär der Wiener Schiedskommission, diese Genossen werde man nicht ausschließen, sondern "überzeugen", ihnen "die Augen öffnen" usw.

ALS OB NICHT GERADE DIESE GENOSSEN SCHON LÄNGST ÜBERZEUGT WÄREN, ALS OB SICH IHNEN NICHT LÄNGST DIE AUGEN GEÖFFNET HÄTTE!

Im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung wiederholen wir:

NICHT WIR, DIE MARXISTEN-LENINISTEN, DIE ÜBERZEUGTEN INTERNATIONALISTEN IN DER KPÖ, WOLLEN DIE PARTEI SPALTEN!

NICHT WIR SIND ES, DIE MIT DER SPALTUNG BEGONNEN HABEN UND IMMER NEUE AKTE DER SPALTUNG SETZEN!

DIE GEFAHR DER SPALTUNG GEHT VOM REVISIONISMUS, VON DER ABKEHR VON DEN KOMMUNISTISCHEN GRUNDSÄTZEN AUS!

DIE SPALTER SIND JENE, DIE MIT AUSSCHLÜSSEN UND AUSSCHLUSSDROHUNGEN AUF POLITISCHE ARGUMENTE ANTWORTEN!

Die Lage ist sehr ernst. Neun von zehn Aktivisten und Funktionären der Partei, mit denen man spricht, sind zutiefst unglücklich und unzufrieden mit dem Kurs, den unsere Partei seit Chruschtschow und seit dem 20. Parteitag steuert! Nirgends überzeugende und überzeugte Argumente für diesen Kurs, kaum wo Vertrauen zu seiner Richtigkeit, höchstens ab und zu die Hoffnung, er könnte sich als "taktisch" vorteilhaft erweisen, weil er der antikommunistischen Propaganda den Wind aus den Segeln nehme - als ob diese Segeln nicht gerade durch Chruschtschow immer aufs Neue gefüllt würden! Da gibt es eine Menge Funktionäre der Partei, die genau wissen, daß die "ROTE FAHNE" recht hat - aber sie dürfen es nicht sagen, nicht erkennen lassen, weil sie fürchten müssen, abgesetzt, entlassen, verdrängt zu werden. Da gibt es andere, die seit drei Monaten

die "ROTE FAHNE" beziehen und interessiert lesen, aber sich nicht getrauen, das irgend jemand mitzuteilen, weil es ihnen "schaden" könnte. Und selbst manchen von jenen Funktionären, die uns finanziell unterstützen, weil sie wissen, daß wir recht haben, sind wir versucht zu sagen: Wir brauchen Eure finanzielle Hilfe sehr, Genossen, aber Ihr seid doch schließlich politische Funktionäre, solltet ihr nicht mehr politische Hilfe geben?! Welche furchtbare Situation für eine kommunistische Partei, wenn bei führenden Funktionären die Sorge um ihre Stellung, um den Posten, um ihren künftigen Lebensunterhalt die Frage nach der Richtigkeit der Politik, nach der Treue zu den kommunistischen Prinzipien zu übertönen beginnt!

Mit der Veröffentlichung in der "Volksstimme" vom 11. Februar hat das Polbüro ungewollt nicht nur die wirkungsvolle Arbeit der "ROTEN FAHNE", sondern zugleich auch

ANERKANNT, DASS ES IN DER PARTEI EINE NICHT ZU VERSCHWEIGENDE REVOLUTIONÄRE STRÖMUNG GIBT, DEREN SPRACHROHR DIE "ROTE FAHNE" IST!

Dieses Eingeständnis war längst fällig - aber man muß aus ihm auch die notwendigen Konsequenzen ziehen!

ALS MARXISTEN GLAUBEN WIR, DASS DAS POLITISCHE UND NICHT ADMINISTRATIVE KONSEQUENZEN SEIN MÜSSEN, DASS ARGUMENTE UND NICHT REPRESSALIEN UND DROHUNGEN NOTWENDIG SIND!

In etwa einem Jahr wird der 19. Parteitag unserer Partei stattfinden. Von seinem Verlauf und Ausgang wird unermesslich viel, wird vielleicht das Schicksal unserer Partei überhaupt abhängen. Die ganze Partei, jede ihrer Organisationen und jedes Mitglied, hat daher die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der 19. Parteitag seine Beschlüsse mit umfassender Sachkenntnis fassen kann, d.h. daß ihm eine gründliche, auf allseitige Information gestützte breite Parteidiskussion vorausgeht und daß er demokratisch, ohne Zuhilfenahme administrativer Manipulationen, vorbereitet wird. Um das zu ermöglichen, fordern wir:

- 1) Durchführung einer leninistischen, d.h. freimütigen und offenen PARTEIDISKUSSION über die herrschenden Meinungsverschiedenheiten bis zum Parteitag.
- 2) Um dieser Diskussion die bis jetzt bestehende Einseitigkeit zu nehmen, müssen ALLE DOKUMENTE UND MATERIALIEN ZUGÄNGLICH GEMACHT, muß das revisionistische MEINUNGSMONOPOL AUFGEHOBEN und das Forum der Parteiversammlungen und PARTEIZEITUNGEN AUCH DEN VERTRETERN DER REVOLUTIONÄREN, ANTIREVISIONISTISCHEN AUFFASSUNGEN GEÖFFNET WERDEN.
- 3) In der Zeit der Parteidiskussion DARF NIEMAND WEGEN SEINER IN WORT UND SCHRIFT VERTRETENEN POLITISCHEN AUFFASSUNGEN BEDROHT, UNTER DRUCK GESETZT, GEMASSREGELT ODER GAR AUSGESCHLOSSEN WERDEN.
- 4) Bis zum Parteitag haben "Reorganisationen", "Erneuerungen" oder wie immer sonst genannte "SÄUBERUNGEN" IM PARTEIKADER ZU UNTERBLEIBEN UND DARF KEIN FUNKTIONÄR WEGEN SEINER VORBEHALTE UND BEDENKEN GEGEN DIE POLITIK DES 20. PARTEITAGES ABGESETZT WERDEN.

R.F.

DREI WICHTIGE NEUE BROSCHÜREN EINGELANGT

=====

Seit Beginn ihrer Tätigkeit bemüht sich die Redaktion der "ROTEN FAHNE", jene wichtigsten Veröffentlichungen, Stellungnahmen und Dokumente der kommunistischen Weltbewegung, die den Revisionisten ein Dorn im Auge sind und die sie daher den Lesern vorenthalten wollen, in genügender Menge in deutscher Übersetzung aufzutreiben und allen Interessenten zugänglich zu machen. Diesen Bemühungen ist es nun gelungen, die drei folgenden Broschüren zu besorgen:

- 14) "Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden" (Fünfter Kommentar der KP Chinas zum Offenen Brief des ZK der KPdSU)
- 15) "Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz" (Sechster Kommentar der KP Chinas zum Offenen Brief des ZK der KPdSU)
- 16) "Die Wahrheit darüber, wie sich die Führer der KPdSU mit Indien gegen China verbündet haben" (Antwort der Pekingener "Volkszeitung" auf den im Anhang vollinhaltlich abgedruckten Artikel der "Prawda" vom 19.9.1963)

Wir bitten die Interessenten, uns die Nummern der gewünschten Broschüren mitzuteilen und dem Schreiben pro Broschüre S 1,-- in Briefmarken beizulegen bzw. den entsprechenden Betrag per Erlagschein zu überweisen, worauf wir postwendend die Zusendung durchführen.

DIE ABONNENTEN UND JENE GENOSSEN, DIE FÜR DEN UNTERSTÜTZUNGSFONDS DER "ROTEN FAHNE" GESPENDET HABEN, ERHALTEN DIE BROSCHÜREN KOSTENLOS!

Achtung! Von den Broschüren 1 bis 13, deren Titel in Nummer 1(5) der "ROTEN FAHNE" (1. Jänner 1964) genannt wurden, sind die Nummern 1, 2, 3 und 4 bereits restlos vergriffen, von den übrigen nur mehr wenige Exemplare vorrätig.

NOCH EINMAL ZUM 12. FEBRUAR 1934

=====

(Zur Rede des Genossen Koplenig in der Wiener Stadthalle)

Der Name des Genossen Johann Koplenig hat in der Partei einen guten Klang. Nicht nur, weil die Aktivisten und Funktionäre der Partei wissen, daß mit diesem Namen viele der besten Traditionen unserer Partei verbunden sind, sondern auch, weil sie spürten, daß er in der Frage aller Fragen, in der Einstellung zur revisionistischen Gefahr, lange Zeit hindurch ebenso dachte und fühlte wie sie. Und nicht wenige gab es, die ernstlich hofften und glaubten, der "Kopp", der in den letzten Jahren ein bißchen einsam gewordene proletarische "Alte" an der Spitze der Partei, würde sich als Barriere gegenüber der immer gefährlicheren Versozialdemokratisierung der Partei erweisen.

Die Rede, die Genosse Koplenig am 8. Februar anlässlich des 30. Jahrestages der Februarkämpfe in der Wiener Stadthalle

hielt, schien diese Hoffnungen und dieses Vertrauen zunächst zu rechtfertigen. Satz für Satz konnte man den ersten Teil der Rede unterschreiben: eine gute, eine kommunistische Rede. Über den zweiten Teil der Rede des Genossen Koplenig kann man leider nicht so urteilen.

Es begann mit der Einschätzung des im Februar 1934 bestehenden Staatsapparates. Genosse Koplenig legte besonderes Gewicht darauf, zu zeigen, daß der österreichische Staatsapparat 1934 "vom Faschismus durchsetzt" war. Das stimmt natürlich, aber war es das wesentliche? Hätte damals ein "normaler" kapitalistischer Staatsapparat etwa grundsätzlich anders reagiert? WIR SAGEN NEIN! Entscheidend dafür, daß der bürgerliche Staatsapparat 1934 gegen die Arbeiter so wunderbar "funktionierte", war nicht seine Durchsetzung mit faschistischen Elementen, sondern SEIN CHARAKTER ALS BÜRGERLICHER, KAPITALISTISCHER STAATS-APPARAT, wobei die faschistische Durchdringung lediglich ein zweitrangiger Faktor war, der sich aus dem Klassencharakter des Staats und aus der Situation bis aufs äußerste zugespitzter Klassenkämpfe mehr oder minder zwangsläufig ergab! Die Darstellung des Genossen Koplenig läßt vermuten, daß es in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zweierlei Staatsapparate geben könne: einen "vom Faschismus durchsetzten", der gegenüber der Arbeiterklasse notfalls auch Waffengewalt anwendet, ihre Erhebungen blutig niederschlägt, also "diktatorisch" und "kriegerisch" ist - und einen anderen, einen gewissermaßen "normalen", "friedlichen", mehr oder minder "demokratischen" Staatsapparat, der alles das nicht mache, daher auch die Möglichkeit einer friedlichen, durch Gewaltakte ungestörten Entwicklung zum Sozialismus biete.

MIT DEM MARXISMUS-LENINISMUS HAT EINE SOLCHE VORSTELLUNG JEDOCH NICHTS ZU TUN!

Jedes Wort, das die Klassiker des Marxismus zur Frage des kapitalistischen Staates geschrieben haben, alle Erfahrungen der Arbeiterklasse widersprechen einer solchen Illusion!

Womöglich noch verwunderlicher war es, aus dem Munde des Genossen Koplenig wiederholt die Parole zu hören: "Nie wieder 12. Februar 1934!" WIRKLICH NIE WIEDER? War denn der 12. Februar 1934 einfach eine blutige Niederlage der österreichischen Arbeiter und nichts sonst? Unserer Überzeugung nach - und ein Vierteljahrhundert hindurch war das die feste Überzeugung unserer ganzen Partei! - hatte der 12. Februar 1934 zwei Seiten, war er nicht nur eine Niederlage, sondern auch EINES DER HELDENMÜTIGSTEN, BEWUNDERUNGSWÜRDIGSTEN UND BEGEISTERNDSTEN KAPITEL IN DER GESCHICHTE DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITERBEWEGUNG!

Da haben Hunderte und Tausende echte Helden, innerhalb weniger Stunden aus der Masse der Arbeiterschaft herausgewachsen, ihr Leben, das Glück ihrer Familie, alles geopfert, um die Interessen ihrer Klasse zu verteidigen, haben sich durch hundertfachen Verrat nicht in die Resignation treiben lassen, sondern zu den Waffen gegriffen, haben die revolutionären Worte, mit denen man sie jahrelang gefüttert hatte, ernst genommen und endlich in die Tat umzusetzen versucht - und jetzt ruft ihnen der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Österreichs zu: "NIE WIEDER!"?

Vor uns liegt die "Arbeiter-Zeitung" vom 11. Februar, die auf der Titelseite den Aufruf der Koalitionsregierung zum Februar-Gedenken veröffentlicht. Der Titel des Aufrufes lautet: "NIE WIEDER EIN 1934".

Welch ein merkwürdiger Zufall, daß sich die SP-VP-Koalition zum 30. Jahrestag der Februar-Kämpfe dieselbe Parole hat einfallen lassen wie der Vorsitzende der KPO!

Genosse Koplenig hat im zweiten Teil seiner Rede davon gesprochen, wie grundlegend sich die Lage seit 1934 geändert hat, wie berechtigt daher die Überzeugung sei, daß sich kein 1934 mehr ereignen könne. Aber wozu dann die gleichzeitigen Warnungen, eine Koalition der SP-Führung mit der FPÖ würde den "Weg zu neuen Abenteuern frei machen", wozu dann all die Hinweise auf die verstärkte Offensive der Reaktion, wozu dann auch die Parole "Nie wieder Februar", die doch nur einen Sinn ergibt, wenn eine solche Wiederholung nicht ganz ausgeschlossen ist?!

Genosse Koplenig schloß seine Rede mit den Worten:

"Wir österreichischen Kommunisten bekennen uns zu den revolutionären Traditionen des Februar 1934, a b e r wir erkennen ... große Umwälzungen ... veränderte Kräfteverhältnisse ... neue Möglichkeiten ..." usw.

UNSERES WISSENS IST ES DAS ERSTE MAL IN DER GESCHICHTE UNSERER PARTEI, DASS DAS BEKENNTNIS ZU DEN REVOLUTIONÄREN TRADITIONEN DES FEBRUAR MIT EINEM "ABER" VERBUNDEN WIRD.

Auf dem Heimweg von einer Kranzniederlegung vor der Gedenktafel des Genossen Swoboda im Karl-Marx-Hof wurden wir Zeugen einer Februarkundgebung junger, revolutionär fühlender Sozialisten. Sie sangen das zu Unrecht fast vergessene Lied, dessen erste Strophe wir an die Spitze der vorigen "ROTEN FAHNE" gesetzt hatten; an die Stelle der Koalitionslosung "Niemals wieder" hatten sie die Losung "Niemals vergessen!" gesetzt und ihr Bekenntnis zu den revolutionären Traditionen des 12. Februar war mit keinem "Aber" verbunden.

Und nicht ohne Bitterkeit erinnerten wir uns der letzten Worte des Genossen Koplenig in der Stadthalle, ein Revolutionär dürfe nicht vergessen, daß das Leben weiter geht, dürfe nicht am Alten festhalten.

F.St.

KAMPF FÜR DEN FRIEDEN -

MIT DEN AUGEN DES REVISIONISTEN GESEHEN

=====

Primarius Dr. Friedrich SCHOLL, von "Weg und Ziel" als "seit vielen Jahren in der Friedensbewegung tätig" vorgestellt, in Wirklichkeit aber der für die Friedensarbeit hauptverantwortliche Funktionär unserer Partei, hat in der Februarnummer der genannten Zeitschrift über "Probleme des Kampfes für den Frieden" geschrieben. Sein Artikel ist zwar nicht gerade eine Doktor-Arbeit, mit umso größerer Deutlichkeit aber zeigt er, welche verheerenden Auswirkungen der moderne Revisionismus

gerade in der so wichtigen Frage eines zielklaren, d.h. wirkungsvollen Kampfes für den Weltfrieden hat.

Genosse Scholl macht vor seinen früheren Überzeugungen insofern eine Verbeugung, als er an einer Stelle zugibt, daß der Kampf für die Abrüstung "notwendigerweise ein Kampf gegen den Imperialismus ist".

ABER ER ZIEHT DARAUS NICHT DIE GERINGSTE KONSEQUENZ!

Nirgends in seinem Artikel ist nach diesem Lippenbekenntnis mehr vom Kampf gegen den Imperialismus die Rede. Keinerlei Hinweis mehr, wo sich dieser als notwendig zugegebene Kampf abspielen soll, wie man ihn führen soll. Wieder und wieder betont Scholl, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung und die Verhinderung eines Atomkrieges notwendig sei, aber dem Kampf gegen den Imperialismus als dem TRÄGER UND URHEBER ALLER KRIEGSGEFAHREN wird kein einziges konkretes Wort mehr gewidmet.

"Nichts gegen den Kampf der Völker gegen den Imperialismus, aber uns als Friedenskämpfer interessiert vor allem die allgemeine und vollständige Abrüstung" - so ungefähr lautet die Argumentation des Genossen Scholl.

DASS MAN DAS EINE VOM ANDEREN NICHT TRENNEN KANN, DASS DAS EINE EBEN DIE VORAUSSETZUNG FÜR DEN ERFOLG DES ANDEREN IST,

entgeht seiner Aufmerksamkeit.

Genosse Scholl will wirklich den Frieden; er ersehnt die allgemeine und vollständige Abrüstung - das wird aus seinem Artikel zur Genüge klar. Zugleich wird daraus aber auch klar, daß er einen realen Weg zur Verwirklichung dieses Zieles nicht zu zeigen vermag, ja diesen einzig realen Weg im Grunde sogar ablehnt.

Gegen die Verfechter des Standpunktes, daß der Kampf für den Weltfrieden in erster Linie im wirkungsvollen Kampf gegen den Imperialismus, in der Unterstützung der nationalen, antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika, Lateinamerika sowie aller anderen antiimperialistischen Kämpfe liegt, richtet Genosse Scholl das Argument, daß "selbst nach der völligen Befreiung aller Kolonien und Halbkolonien der Imperialismus in den Metropolen bestehen bleiben und immer noch in der Lage sein würde, einen Kernwaffenkrieg zu führen".

WELCH UNERSCHÜTTERLICHER GLAUBE AN DIE KRAFT DES IMPERIALISMUS!

Seit dem 20. Parteitag der KPdSU suchen uns die Revisionisten zu überzeugen, wie sehr sich bereits alles geändert hätte, welche ungeahnten neuen Möglichkeiten schon jetzt (während der Imperialismus noch über ein riesenhaftes Ausbeutungsgebiet verfügt!) entstanden seien - und jetzt überrascht uns Genosse Scholl plötzlich mit der Warnung vor der Macht und den Möglichkeiten des Imperialismus selbst dann, wenn er seine sämtlichen weltweiten Ausbeutungsgebiete bereits verloren hat! Erst recht "vergißt" Scholl ganz die Tatsache, daß in diesem Fall doch wohl auch die ARBEITERBEWEGUNG IN DIESEN METROPOLLEN,

unter Führung der vom revisionistischen Einfluß befreiten kommunistischen Parteien, eine unvergleichlich größere Kraft darstellen würde als gegenwärtig!

Aber um sich vor dem Bekenntnis zur UNEINGESCHRÄNKTEN UNTERSTÜTZUNG DER ANTIIMPERIALISTISCHEN BEFREIUNGSBEWEGUNGEN drücken zu können, sind dem Autor selbst so faule Argumente noch gut genug.

Genosse Scholl ist überhaupt sehr vergeßlich. Zum Beispiel zitiert er die Erklärung des chinesischen Delegierten auf der Warschauer Sitzung des Weltfriedensrates:

"Zu propagieren, daß allgemeine und vollständige Abrüstung möglich ist, solange der Imperialismus noch besteht, heißt die Völker betrügen."

Genosse Scholl kommentiert diesen Satz mit den Worten:

"Wenn man die Möglichkeit leugnet, Abrüstung zu erzwingen, solange es noch Imperialismus gibt, so kann damit nur gemeint sein, daß die Vorbereitung für die Abrüstung der Sturz des Imperialismus, d.h. eine Revolution in allen kapitalistischen Ländern ist."

Wie man sieht, hat Primarius Scholl drei sehr wesentliche Worte des Zitats in seinem Kommentar "vergessen", wegoperiert: die Worte "allgemeine und vollständige"! GERADE AUF SIE KOMMT ES ABER AN! Die Möglichkeit irgend einer begrenzten Abrüstung leugnet doch kein einziger Mensch! In voller Kenntnis der Möglichkeiten und Grenzen von Abrüstungsmaßnahmen in der Zeit, da der Imperialismus noch besteht, haben doch gerade die chinesischen Kommunisten eine ganze Fülle wichtiger Vorschläge unterbreitet, kämpfen sie mit aller Energie für das vollständige Verbot bestimmter Waffen (Atomwaffen, aber auch Giftgas und Bakterien), für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen usw.

WAS SIE ALS MARXISTEN UND REALISTEN ALLERDINGS VON GENOSSEN SCHOLL UNTERSCHIEDET, IST DIE ERKENNTNIS, DASS EINE ALLGEMEINE UND VOLLSTÄNDIGE ABRÜSTUNG, EINE BESEITIGUNG DER KRIEGSGEFAHR ÜBERHAUPT, DIE BESEITIGUNG DES IMPERIALISMUS VORAUSSETZT.

Bei Genossen Scholl ist alles durcheinander gekommen. Er schreibt:

"Den Kriegsvorbereitungen den Boden entziehen, der Aggression die Waffen zu entreißen, heißt auch den Imperialismus entmachten."

Hier ist die Logik gänzlich auf den Kopf gestellt! Denn für jeden Einsichtigen gibt es doch gar keinen Zweifel, daß es eben umgekehrt heißen muß:

"Den Imperialismus entmachten, das heißt den Kriegsvorbereitungen den Boden entziehen, der Aggression die Waffen zu entreißen!"

Die Losung des Kampfes für die allgemeine und totale Abrüstung ist entweder die Losung des allgemeinen und totalen Sturzes des Imperialismus, des allgemeinen und totalen Sieges des Sozialismus - oder sie ist leeres Gerede. Unter der Voraussetzung des Aufrechterbleibens der imperialistischen Herrschaft ist sie irreführend und unrealistisch, tatsächlich ein Betrug an den Völkern. Solange es kapitalistische Staaten gibt, werden sie einen Unterdrückungsapparat, werden sie Polizei und Heer aufrechterhalten, da die kapitalistische Gesellschaftsordnung

ohne diese nicht existieren kann.

DAS ZU BESTREITEN, HEISST VOM MARXISMUS NICHT EINMAL DIE GRUNDBEGRIFFE VERSTANDEN ZU HABEN.

Der Artikel des Genossen Scholl gipfelt in der Erklärung, daß die Friedensbewegung ihre Aufgabe auch dann erfüllen könne, wenn die Kommunisten in ihr nicht die führende Rolle spielen. Ihm genügt es, wenn sie darin eine "aktive Rolle" spielen. Haben aber nicht die Kommunisten die höhere Einsicht in die Bedingungen, Ursachen und Triebkräfte der Ereignisse, sind sie nicht gerade in der Frage Krieg und Frieden DIE EINZIGEN, DIE DIE TIEFEREN WURZELN UND URSACHEN DER KRIEGSGEFAHR ZU ERKENNEN UND BLOSSZULEGEN VERMÖGEN, weil sie wissenschaftliche Einsicht leitet? Daß auf Grund dieser höheren Einsicht der Kommunisten nur ihre führende Rolle den Erfolg und Sieg im Kampf um den Frieden sichern kann - warum will Genosse Scholl davon nichts mehr wissen?

Scholl stellt es so dar, als ob die führende Rolle der Kommunisten in einer Massenbewegung nur mit irgendwelchen undemokratischen Methoden zu erreichen sei, und dann bedeute, daß diese Bewegung "unsere Politik ausführen" müßte. Welche Entstellung! Wollte er sich an seine marxistische Vergangenheit erinnern, so müßte er doch wissen, daß es ganz und gar nicht so ist. Wie kann er einfach die Lügen der Antikommunisten übernehmen?

Eine Weltfriedensbewegung, in der die Kommunisten als die konsequentesten und zielklarsten Friedenskämpfer nicht imstande wären, die faktische Führung zu erreichen, und in der sie sich damit begnügen würden, lediglich irgend eine aktive Rolle neben vielen anderen zu spielen, wäre von vornherein eine geschlagene Bewegung, unfähig, ihre schwierige Aufgabe zu erfüllen. So wie die Unterbewertung des auf allen Fronten und mit allen Mitteln zu führenden Kampfes gegen den Imperialismus ist auch die Unterbewertung der Rolle der Kommunisten in der Weltfriedensbewegung gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Verwirklichung ihrer Ziele.

W.

DIE REVISIONISTEN LEGALISIEREN DIE KONTERREVOLUTION

Genosse AIDIT hat die weltumspannende Debatte in der internationalen kommunistischen Bewegung über die Grundfragen des Marxismus-Leninismus eine "große Universität" genannt. In dieser Universität gibt es nun auch Lehrer, die uns durch ihr negatives Beispiel nützlichen Unterricht erteilen. Zu den besten dieser Art von Lehrern gehören die italienischen Revisionisten.

Unlängst veranstaltete die KP Italiens eine Pressekonferenz, um die gegnerischen Zeitungen über ihre bevorstehende "Organisationskonferenz" zu informieren. (Am Rande: Den Gesinnungsfreunden TOGLIATTIS ist es ein Greuel, wenn sich die ehrlichen Sozialisten Italiens vom Renegaten NENNI trennen; nur, wenn man mit der Reaktion Tuchfühlung hält, ist man kein Sektierer, meinen sie. Deshalb ist ihnen nichts wichtiger, als bei der Bour-

geoisie eine "gute Presse" zu haben!)

"Die bürgerlichen Journalisten", so berichtete über diese Pressekonferenz die "Volksstimme" vom 16. Jänner, "interessierten sich besonders für die Haltung der italienischen Kommunisten, wenn sie zur herrschenden Partei werden und den Sozialismus in Italien aufbauen." Die Kapitalisten halten also eine solche Entwicklung nicht nur für nicht ganz unmöglich, sondern auch zugleich für nicht unbedingt unerträglich. Allerdings nur unter bestimmten Bedingungen, über die sie gerade Aufklärung wollten.

Der Vertreter des italienischen Zentralkomitees, BERLINGUER, gab ihnen diese Aufklärung, indem er erklärte, "daß die italienischen Kommunisten auch in der Phase des Sozialismus andere politische Parteien zulassen werden". Mit dieser Feststellung allein können sich die Kapitalisten jedoch nicht trösten. Denn nichtkommunistische Parteien, die besondere Interessen und Traditionen bestimmter nichtproletarischer Bevölkerungsschichten wahrnehmen, aber in der entscheidenden Frage, welche Klasse die Staatsmacht in Händen hat und die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt, vorbehaltlos die Führung der marxistisch-leninistischen Partei anerkennen, gibt es doch bereits in einer Reihe von Ländern des sozialistischen Lagers. Deshalb machte BERLINGUER den sensationellen Zusatz:

"Natürlich besteht dabei auch die MÖGLICHKEIT, DASS DIE MEHRHEIT ZUR MINDERHEIT WIRD und umgekehrt."

Liebe Genossen! Nehmt Euch bitte die Mühe und vergleicht einmal aufmerksam das Linzer Programm der SPÖ mit ihrem Wiener Programm von 1958! 1926 hat Otto BAUER, der sich zwar, wie alle Opportunisten, vor der revolutionären Aktion der Massen fürchtete, andererseits jedoch mit seiner von LENIN gebührend gewürdigten (und verhöhnten) Pedanterie MARX studiert hatte, immerhin durchgesetzt, daß folgende Bestimmung in das Parteiprogramm der österreichischen Sozialdemokratie aufgenommen wurde:

"Wenn sich die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, ... widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen."

Im SP-Programm von 1958 wird demgegenüber ausdrücklich festgestellt, daß nach der Machtergreifung durch die Sozialisten die bei den Wahlen unterlegene (kapitalistische) Minderheit das Recht behält, wieder zur "Mehrheit" zu werden.

DAS IST IN DER TAT DER SPRINGENDE PUNKT, AN DEM SICH "DIE GEISTER SCHEIDEN"!

Wir bitten zu beachten:

1) Sogar in seiner (öffentlichen) Rede auf dem 20. Parteitag der KPdSU, in der CHRUSCHTSCHOW die revisionistische These vom "friedlichen Übergang" zum Sozialismus mit Hilfe des bürgerlichen Parlaments zum erstenmal formulierte, wird zur Bedingung dieser hypothetischen Entwicklung eine "stabile Mehrheit" gemacht, also eine Mehrheit, die nicht mehr geändert

werden kann. Gewiß war das ein Zugeständnis Chruschtschows, um die Marxisten-Leninisten nicht allzusehr vor den Kopf zu stoßen; aber gerade dieses Zugeständnis beweist, worauf es den Marxisten-Leninisten ankommen muß!

2) Sogar in seiner Broschüre "Kommunismus in der Welt von heute", die im Vergleich zur programmatischen Erklärung der KPÖ von 1958 einen Riesenschritt nach rechtsbedeutet, schrieb Friedl FÜRNBURG:

"Wie kann also dann (nach der sozialistischen Revolution) die Herrschaft der Mehrheit zur Diktatur werden? Sie wird zur Diktatur, wenn die Mehrheit bewußt und planmäßig gegen die Interessen der Minderheit handelt. Das muß aber die Arbeiterklasse ... tun, wenn sie die neue, sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen will."

Wie doch in der Politik die Newtonschen Gesetze sich bewahrheiten und der Abrutsch in den totalen Bankrott mit zunehmender Beschleunigung vor sich geht! Mit ihrer kritiklosen Veröffentlichung der Stellungnahme der italienischen Revisionisten gibt die "Volksstimme" jetzt schon kund und zu wissen, daß die Parteiführung im Falle der Entscheidung der Mehrheit der österreichischen Wähler für den Sozialismus (wohlgemerkt: auf dem Wege der von der Bourgeoisie genehmigten Verfassung!)

DEM KLASSENFEIND DAS RECHT EINRÄUMEN MÖCHTE, DIE ERRUNGENSCHAFTEN DES VOLKES WIEDER RÜCKGÄNGIG ZU MACHEN!

Wie weit die österreichische Arbeiterschaft auch noch vom Sozialismus entfernt sein möge, so bekennen die Revisionisten schon heute, daß sie

BEREIT SIND, EINE KÜNFTIGE KONTERREVOLUTION DER KAPITALISTEN IM VORAUS ZU LEGALISIEREN!

Was trennt die KPÖ aber dann noch von der SPÖ? Und um was sind die revisionistischen Usurpatoren in der Führung unserer Partei dann besser als die rechten SP-Führer?

K.W.

IN EIGENER SACHE

=====

Die gegen mich gerichtete Veröffentlichung in der "Volksstimme" vom 11. Februar hat mir - neben einer Anzahl persönlicher Besuche von Genossen - auch eine ansehnliche Reihe demonstrativer Solidaritätserklärungen aus dem Mitglieder- und Funktionärskader unserer Partei eingetragen.

Ich danke den Genossen für diese ermutigende Unterstützung auf einem Weg, der wohl manchmal schwierig sein mag, für einen überzeugten Kommunisten aber eigentlich der einzig mögliche ist.

Franz Strobl

AUS DEM PARTEILEBEN - AUS DEM PARTEILEBEN - AUS DEM PARTEILEBEN - AUS DEM PARTEILEBEN

LANDESSEKRETÄR PETER KAMMERSTÄTTER ABGESCHOSSEN!
=====

Wie wir schon in der Nummer 7 der "ROTEN FAHNE" mitteilten, wurde in der von Franz MAREK geführten revisionistischen Fraktion, die sich den Charakter einer "Kaderabteilung" der Partei anmaßt, eine Reihe von Funktionären genannt, die sich seit dem 20. Parteitag der KPdSU "nicht weiterentwickelt" hätten, das "Neue nicht begreifen" und daher von ihren Positionen entfernt werden müßten. Einer der dabei genannten Namen war der des Landessekretärs von Oberösterreich, des Genossen Peter KAMMERSTÄTTER, der seit 30 Jahren Parteimitglied und Funktionär, seit 13 Jahren Mitglied des Zentralkomitees ist.

Die Revisionisten werfen Genossen Kammerstätter vor, daß er sich der "Erneuerung der Partei" bzw. dem, was die Revisionisten darunter verstehen, widersetze, daß er Kritiker des 20. Parteitags "decke" und daß er nicht mit Freude zugegriffen habe, als man ihm das Angebot machte, sich zumindest auf ein Jahr auf die Parteischule nach Moskau zu begeben, um sich selbst theoretisch "erneuern" zu lassen. ABER SIE SAGTEN DAS NICHT OFFEN, SONDERN SUCHTEN KAMMERSTÄTTER AUF ANDERE WEISE BEIZUKOMMEN.

Es geschah in der Form, daß in verschiedenen Orten Oberösterreichs plötzlich "rein zufällig" Funktionäre der Org-Abteilung des ZK in Wien auftauchten und - um irgend eine geheimnisvolle Wartezeit totzuschlagen - mit verschiedenen Bezirksleitungsmitgliedern der Partei plauderten, wobei sie sich insbesondere nach der Arbeit des Landessekretärs, nach seiner "Beliebtheit" usw. erkundigten. Es dauerte nicht lange, da hatten sie genügend belastendes "Material", wobei sie insbesondere zwei Dinge ausnützten:

a) die Tatsache, daß es in der Partei - natürlich auch in Oberösterreich - eine Menge von Mißständen gibt, die allerdings mit der allgemeinen Politik und mit den herrschenden Arbeitsmethoden zusammenhängen, nicht aber mit der Person eines bestimmten Funktionärs;

b) den Umstand, daß Genosse Kammerstätter bei den Parteiangestellten, vor allem bei den Bezirkssekretären, sogenannte "Arbeitszettel" eingeführt hatte, die die betreffenden Angestellten nicht nur zu einer gewissen Planung ihrer Arbeit zwangen, sondern auch die Möglichkeit gaben, ihre Tätigkeit zu kontrollieren. Es ist klar, daß sich dadurch einige Leute auf den Schlips getreten fühlten, vor allem jene, deren Arbeit zu kontrollieren besonders notwendig war. Ihre "Einwände" gegen die "Arbeitsmethoden" Kammerstätters bildeten die Hauptsache des gegen ihn gesammelten Materials.

Wenn in den Organisationen Leute aus dem Zentralkomitee herum-schleichen und sich nach der Beliebtheit des Landessekretärs erkundigen, so kann das diesem nicht lange unbekannt bleiben. Kammerstätter, ein erfahrener Parteimann, erkannte sehr schnell, was gespielt wurde und als das Kesseltreiben gegen ihn auch in

der Landesleitung selbst begann, machte er einen schwerwiegenden Fehler: STATT AUF EINE OFFENE, POLITISCHE KLÄRUNG DER ANGELEGENHEIT ZU BESTEHEN, STATT IN EINEM MIT OFFENEM VISIER GEFÜHRTEN POLITISCHEN KAMPF DAS GESUNDE EMPFINDEN UND DAS KOMMUNISTISCHE BEWUSSTSEIN DER PARTEIMITGLIEDER ZU MOBILISIEREN UND DIE REVISIONISTISCHEN INTRIGEN ZU ZERSCHLAGEN, WARF ER ALLES HIN UND GAB AUF.

Alles was er machte, war die Versendung eines persönlichen Briefes an alle Mitglieder der Landesleitung, in dem er mitteilte, anscheinend werde seine Person als Hindernis bei der "Erneuerung" der Partei betrachtet, weshalb er die Konsequenzen ziehe. Auch dieser Brief war eine halbe Sache und daher ein Fehler, denn ER ZEIGTE DIE POLITISCHEN HINTERGRÜNDE DER AFFÄRE NICHT DEUTLICH GENUG AUF, sondern blieb im Rahmen "organisatorischer" Fragen, womit er die Tätigkeit der Revisionisten erleichterte, die ihre politischen Absichten um keinen Preis eingestehen wollen, sondern stets andere, zweitrangige, womöglich "unpolitische" Gründe in den Vordergrund schieben.

Immerhin fand es das Polbüro in Wien notwendig, auf den Brief von Kammerstätter rasch zu reagieren. Man sandte den Empfängern des Kammerstätter-Briefes einen zweiten Brief, in dem offiziell mitgeteilt wurde, daß Kammerstätter seine "persönliche Meinung" ausgedrückt habe, die jedoch nicht die der "Partei" sei. Zugleich wurde eine Landesleitungssitzung einberufen, die sich mit der Affäre Kammerstätter beschäftigen sollte.

ÜBER GENOSSEN KAMMERSTÄTTER SELBST, DER IMMERHIN SEIT MEHR ALS EINEM DUTZEND JAHREN VOLLMITGLIED DES ZENTRALKOMITEES IST, WURDE EIN VERBOT VERHÄNGT, DIE PARTEIORGANISATIONEN AUFZUSUCHEN, MIT DEN GENOSSEN ÜBER DIE VORFÄLLE ZU REDEN ODER DIESBEZÜGLICH ZU KORRESPONDIEREN!

Auf die Landesleitungssitzung entsandte Marek zwei der vier Parteigänger, auf die er sich im Polbüro hauptsächlich stützt, KODICEK und HEXMANN. Die Diskussion gestaltete sich sehr stürmisch und verlief durchaus nicht so "unpolitisch", wie man es gerne gesehen hätte. Nach stundenlanger Diskussion, bei der sich die Revisionisten bemühten, vom Wesentlichen abzulenken und Tratschgeschichten zu erzählen, brach es dann endlich aus Hexmann hervor: Kammerstätter ist "POLITISCH SEIT DEM 20. PARTEITAG STECKENGEBLIEBEN"- deswegen muß er weg! Wortwörtlich ist das dasselbe, was Marek schon früher erklärt hat und was nichts anderes heißt als: ER BLEIBT BEI DEM, WAS DIE PARTEI SEIT 40 JAHREN VERTRETEN HAT, DESWEGEN KÖNNEN WIR IHN HEUTE NICHT MEHR BRAUCHEN!

Erfreulich war auf der Landesleitungssitzung, daß viele Genossen dort zum erstenmal seit langem wieder sprachen, ohne sich ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Man muß endlich einmal Schluß machen mit der Geheimtuererei und Heuchelei, die im Parteiapparat eingerissen ist, sagte ein Genosse. Ein anderer klagte bitter darüber, wie die eigenen Genossen, selbst wichtige Funktionäre, belogen werden. Ein dritter rief, der solle sich freiwillig melden, der schon auf Peters Sessel warte. Stürmischen Protest gab es gegen die hinterhältige, unsaubere Methode, mit deren Hilfe man Kammerstätter abgemurkst hatte. Mit Recht warnte einer der besten oberösterreichischen Bezirkssekretäre: SO WIRD MAN AUCH UNS EINES TAGES ABFERTIGEN!

In dieser Situation machte Hexmann den "rettenden", "versöhnenden" Vorschlag: Keine Sorge, Genossen, wir werden Peter nicht fallenlassen! Hier muß er weg, aber gebt ihn uns nach Wien und wir werden ihn uns schon richten! Er braucht nur seinen Brief zu widerrufen und auch sonst nur tun, was wir ihm sagen, und sein Gehalt ist gesichert, ja er wird sogar nach oben fallen! WELCHE GROSSARTIGE LÖSUNG!

Zur Ehre Kammerstätters sei erwähnt, daß er diesen Vorschlag als "ein Begräbnis erster Klasse" bezeichnete und nicht freudig zugriff. MAN WOLLTE IHN KAUFEN UND ER HAT NICHT GLEICH JA GESAGT - das ist schon eine Tat, die keiner der führenden Revisionisten jemals zustandebrächte. Kammerstätter irrte nur in einem Detail: es handelte sich nicht um ein Begräbnis erster, sondern um ein Begräbnis dritter Klasse!

Das, was Genosse Strobl zu spät begriffen hat, als man ihn mit einem Routinetrick aus der Organisation entfernte, in der er jahrelang gearbeitet hatte und daher verwurzelt war, das was Genosse Ernst Wimmer anscheinend auch jetzt noch nicht begreift, den man aus der außenpolitischen Redaktion der "Volksstimme" entfernt hat und den man Schritt für Schritt weiterversetzen wird, bis man ihn in einem stillen Winkel, von der Parteiöffentlichkeit unbemerkt, fertigmachen kann, das wird hoffentlich Kammerstätter begreifen und wird sich nicht an eine Stelle abschieben lassen, wo er mit beiden Füßen in der Luft hängt und völlig der Willkür der Revisionisten ausgeliefert ist.

O. Müller

ACHTUNG! Die Kommunistische Partei Chinas hat dieser Tage den 7. Kommentar zum Offenen Brief der KPdSU veröffentlicht. Da die deutsche Übersetzung bzw. eine deutschsprachige Ausgabe dieser Erklärung einige Zeit in Anspruch nehmen wird, das Dokument aber von hervorragender politischer Bedeutung ist, wird die "ROTE FAHNE" die Übersetzung in eigener Regie durchführen und in ihrer nächsten Nummer davon einige wesentliche Auszüge veröffentlichen.

ZUSCHRIFTEN AN DIE "ROTE FAHNE"

ob sie nun Anregungen, Vorschläge und eigene Beiträge oder ob sie Kritiken und Polemiken enthalten, sind für uns eine Lebensnotwendigkeit. Auch wenn mancher Brief nicht postwendend beantwortet werden kann, findet er schon in den folgenden Nummern in irgend einer Form seine Widerspiegelung und Nutzanwendung. So sehr wir mit Arbeit überlastet sind, bitten wir daher unsere Leser und Genossen:

Schreibt uns!

Schreibt uns noch mehr als bisher!

Euer Rat, Eure Hilfe, Eure Kritik ist die Voraussetzung für eine zufriedenstellende Arbeit Eurer Zeitung.

R E K U R S

=====

Wir veröffentlichen nachstehend den Text des Rekurschreibens, das Genosse Franz Strobl an die Zentrale Schiedskommission gesandt hat, da uns der Inhalt dieses Dokuments informativer erscheint als manche ausführliche Darlegung der in der Partei herrschenden Zustände.

ABSCHRIFT.

An die
Zentrale Schiedskommission der KPÖ

W i e n 20.,
Höchstädtplatz 3

Ich erhebe hiemit in aller Form Einspruch gegen den mir am 7.d.M. zugestellten Bescheid der Wiener Schiedskommission, mich aus der Partei auszuschließen.

Ich habe der Wiener Schiedskommission im Dezember eine ausführliche Begründung meiner Haltung zugesandt und klarzumachen versucht, daß man mich aus der Partei ausschließen möchte, nicht weil ich ihre Grundsätze verletze, sondern weil ich diese im Gegensatz zu den Revisionisten weiterhin mit allen meinen Kräften verteidige.

Die Mitglieder der Wiener Schiedskommission, mit denen ich am 29. Jänner zu sprechen Gelegenheit hatte, haben nicht nur eine Diskussion des offensichtlich auffalsche Behauptungen gestützten Ausschlußantrags sowie meiner Rekursbegründung, sondern überhaupt jede politische Diskussion abgelehnt. Sie haben lediglich die Forderung an mich gerichtet, die zahlreichen Genossen, mit deren Hilfe ich die "ROTE FAHNE" herausgebe, zu verraten und mir für diesen Fall ein "Entgegenkommen" angedeutet. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Aufgabe einer Schiedskommission in der Anbahnung und Abwicklung solcher Geschäfte besteht.

Für die illegalen Methoden der Vertreter der Wiener Schiedskommission ist kennzeichnend, daß sich zwei der drei Anwesenden (den dritten, Anton Schneider, kannte ich) weigerten, mir ihre

An die
Redaktion der "ROTEN FAHNE"

W i e n 15., Goldschlagstraße 30/33

Ich bestelle hiemit die "ROTE FAHNE" für die Dauer eines (halben) Jahres und werde den Abonnementsbetrag von S 65,-- (S 35,--) demnächst überweisen (Postscheckkonto Nr. 173.848).

Name:

Genaue Adresse:

Ort und Datum: Unterschrift:

.

Namen bekanntzugeben. Schneider versuchte das damit zu begründen, die Betreffenden seien nicht als Personen, sondern als Mitglieder der Schiedskommission anwesend, weshalb mich ihr Name nicht interessieren müsse. Ich habe die Frage nach den Namen der Leute, die mich vorgeladen hatten, dann in der Portierloge in Anwesenheit einer Reihe von Genossen telefonisch wiederholt und von Schneider neuerlich die Auskunft erhalten, diese Namen gingen mich nichts an.

ICH HABE DAMIT NICHT EINMAL DIE MÖGLICHKEIT, FESTZUSTELLEN, OB DIE LEUTE, MIT DENEN ICH SPRACH, ÜBERHAUPT MITGLIEDER DER WIENER SCHIEDSKOMMISSION WAREN UND BERECHTIGT SIND, IN DEREN NAMEN ZU SPRECHEN!

Übrigens hat mir der eine der beiden Unbekannten inzwischen einen Brief geschrieben, in dem er sich auf die Aussprache vom 29. Jänner bezieht. Auch dieser Brief, der bei mir jederzeit eingesehen werden kann, ist anonym. Das sind Arbeitsmethoden eines Femegerichts, nicht aber einer kommunistischen Schiedskommission.

Mit aller Entschiedenheit protestiere ich gegen die Art, in der das Zentralorgan der Partei, die "Volksstimme", am 11. Februar 1964 über meinen angeblichen "Ausschluß" berichtet hat, wobei sie völlig verschwie, daß dieser "Ausschluß" infolge meines sofort erklärten Rekurses nicht in Kraft getreten ist! Die Veröffentlichung in der "Volksstimme" ist eine direkte Irreführung der Parteiöffentlichkeit und versucht den Anschein vollzogener Tatsachen zu erwecken, wo es sich durchaus nicht um solche handelt. Es ist der Versuch, andere Genossen einzuschüchtern und dem 19. Parteitag vorzugreifen, der allein das Recht hat, über meinen Ausschluß zu entscheiden, ihn anzunehmen oder zu verwerfen.

Schließlich gestatte ich mir, die Aufmerksamkeit der Zentralen Schiedskommission auf den Umstand zu lenken, daß die Begründung, mit der mich die Wiener Schiedskommission aus der Partei ausgeschlossen erklären will, wesentlich anders lautet als jene, über die in meiner Grundorganisation abgestimmt wurde. Damit wird eingestanden, daß sich die Unhaltbarkeit der ursprünglichen Begründung herausgestellt hat. Aber es widerspricht gänzlich jedem normalen Rechtsempfinden, geschweige denn den kommunistischen Normen, daraufhin einfach eine neue Begründung an die Stelle der alten zu setzen - ohne auch nur die oberflächlichste neuerliche Untersuchung der Angelegenheit durchzuführen.

Ich fordere daher die sofortige Aufhebung der gegen mich verhängten Sanktionen und eine Berichtigung der irreführenden Veröffentlichung in der "Volksstimme" vom 11. Februar 1964.

Wien, am 14. Februar 1964

Franz Strobl e.h.

GENOSSE FRANZ HONNER

Wieder ist einer von der "alten Garnitur" dahingegangen, einer, an dessen Person sich trotz seiner Jahre immer wieder viele Hoffnungen knüpften: Genosse Franz Honner.

Nicht minder als Genosse Koplenig war Franz Honner ein lebendes Stück Geschichte der Partei, ein Stück ihrer Traditionen - ihrer guten Traditionen.

Anfang der Zwanzigerjahre, als die Führung der Partei in den Händen von Leuten war, deren abenteuerliche und prinzipienlose Politik die Partei zersetzte und in vielerlei Fraktionen zerriß, hatte Franz Honner gemeinsam mit Johann Koplenig den Kern jener "Gesundungsgruppe" gebildet, die für die Einigung auf der Basis der uneingeschränkten Anerkennung der marxistisch-leninistischen Prinzipien kämpfte. Es war damals nicht leicht für einen Kommunisten, schon gar, wenn er sich innerhalb der Partei durchaus nicht auf eine Mehrheit stützen konnte. Parteifeind, Spalter, Fraktionist - wie oft hatte Honner diese Vorwürfe gehört. Genossen Koplenig passierte es damals, daß er in einer Mitgliederversammlung der Partei von aufgesetzten Mitgliedern geschlagen wurde. Weder er noch Honner haben sich dadurch irremachen lassen. Sie sind weiter den Weg gegangen, den zu gehen sie sich als Kommunisten verpflichtet fühlten. Es hat damals ein volles Jahrzehnt gedauert, bis diese prinzipienfeste Haltung ihre sichtbaren Früchte trug.

Es war ein äußerliches Zeichen dieses Erfolges, als Genosse Honner, der frühere Bergarbeiter und Betriebsrat aus Grünbach, österreichischer Innenminister wurde. Daran ändert auch nichts, daß seine Tätigkeit im Innenministerium nur wenig Spuren hinterließ. Franz Honner hat es selbst erlebt: in einem kapitalistischen Land, in einer kapitalistischen Regierung, ohne die Stütze einer rasch wachsenden revolutionären Massenbewegung, macht auch die Schwalbe eines kommunistischen Ministers noch keinen sozialistischen Sommer.

Vielleicht war das auch mit ein Grund, warum sich Genosse Honner bis zuletzt gegenüber den vom 20. Parteitag der KPdSU entwickelten "neuen" Theorien vom parlamentarischen Weg, vom friedlichen Übergang usw. so sichtlich reserviert zeigte. Den Revisionisten gelang es nicht, Genossen Honner zu einem Aushängeschild ihrer Politik zu machen und es wird ihnen auch nach seinem Tode nicht gelingen. Denn nirgendwo hat er den Revisionismus verteidigt, niemand könnte bezeugen, daß er an Chruschtschow Gefallen fand. Wie sein jahrzehntelanger Freund und Mitkämpfer ist Franz Honner ein tiefes Unbehagen über die Entwicklung, die sich mit dem 20. Parteitag anbahnte, niemals losgeworden. Genossen, die ihn gut kannten, sagen, daß eben das der Grund war, warum er in den letzten Jahren oft so bitter war, daß das vielleicht auch zur Untergrabung seiner Gesundheit beitrug.

Freilich - für ein Mitglied des Polbüros, für einen der Repräsentanten der Partei, für einen Kommunisten, wie es Honner war, ist es zu wenig, den Revisionismus nur widerwillig geduldet zu haben. ER HÄTTE IHN MIT ALLER KRAFT BEKÄMPFEN MÜSSEN! Anscheinend hat er dazu nicht mehr die Kraft in sich gefühlt - ähnlich wie jener, der ihn nun physisch überlebt hat.

Wir wollen mit Genossen Honner nun nicht mehr rechten und bekennen offen, daß wir ihn - trotz oder sogar wegen seiner oft rauhen Art - gern gehabt haben. Wir werden seiner gedenken, indem wir von ihm lernen, vom jungen, revolutionären Honner, nicht von dem alternden, resignierenden Mann. Mit Genossen Honner ist ein Stück Tradition der Partei gestorben, wieder ein Platz für jene flinken Taktiker freigeworden, denen weder Traditionen noch Prinzipien etwas bedeuten. Wir werden es ihnen nicht allzu leicht machen!

NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN, DIE DIE "VOLKSSTIMME" VERSCHWEIGT:

VOM SOZIALISTISCHEN AUFBAU IN CHINA

CHINESISCHE WIRTSCHAFTSERFOLGE

Um 13,6 % mehr Wollfabrikate wurden in der Zeit vom Jänner bis November 1963 in China erzeugt als in der gleichen Zeit des Vorjahres. China besitzt jetzt mehrere Dutzend Wollfabriken in 16 Städten und Provinzen, während vor der Befreiung fast alle Fabriken in Shanghai konzentriert waren.

Mitte Dezember hatten die Kohlengruben in China ihren Jahresplan erfüllt. Das Ausmaß der Mechanisierung in den Kohlengruben ist gegenüber 1962 um 10 bis 20 Prozent gestiegen.

Die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion Chinas hält an: die Getreideproduktion ist gestiegen, der Baumwollertrag wird nahezu um ein Drittel höher sein, wesentliche Zunahmen zeigen die Ernten an Zucker, Hanf, Tabak, Tee, Öl und Seidenkokons. Der Viehstand hat zugenommen, die Zahl der Schweine um 14 Prozent vergrößert. Die Obst- und Gemüseernten waren im ganzen Lande besonders gut. Der Ausblick für 1964 ist auf Grund der vergrößerten Aussaatflächen und der verbesserten Saatqualität ausgezeichnet.

CHINAS MASCHINENBAUINDUSTRIE

Komplett in China hergestellte Maschinensätze bedienen jetzt große Kraftstationen, Kohlenbergwerke und chemische Fabriken. In der ersten Fünfjahrplan-Periode (1953-1957) begann die chinesische Maschinenbauindustrie die Versorgung der Industriebetriebe mit kleiner und mittelgroßer Ausrüstung. Heute werden komplette Sätze schwerer Maschinerie und von Präzisionsmaschinen erzeugt. 85 % aller notwendigen Ausrüstung werden heute in China erzeugt, gegenüber 55 % im Jahre 1957. Während des zweiten Fünfjahresplanes begann China Maschinen für die chemische Industrie zu erzeugen. Heute werden ganze Ausrüstungen für Kunstdüngerfabriken erzeugt mit einer Jah-

reskapazität von 25.000 Tonnen synthetischen Ammoniaks. Große und spezielle metallurgische Maschinerie wird seit 1958 hergestellt und schließt die vollständige Ausrüstung für Eisen- und Stahlwerke bis zu einer Jahreserzeugung von 1,500.000 Tonnen und für größte Hochöfen ein. Die größten Kohlengruben werden mit in China hergestellter modernster maschineller Ausrüstung versorgt. Die durch den Abzug der sowjetischen Fachleute und Techniker sowie durch den provokatorischen Bruch hunderter Wirtschaftsverträge und -Abkommen durch Chruschtschow verursachten Schwierigkeiten und Schäden sind längst restlos überwunden.

NEUE STÄDTE IN SINKIANG

In der chinesischen Provinz Sinkiang gab es vor 14 Jahren nur ein Dutzend Städte mit über 2.000 Einwohnern. Heute gibt es dort 70 solcher Städte. Viele dieser Städte besitzen eine vollentwickelte neue Industrie, haben Banken, Schulen, Spitäler, Kaufhäuser, Klubs, meteorologische Stationen und ein Netz guter Straßen. Sie sind zu Zentren der örtlichen Politik, Kultur und Wirtschaft geworden. SHIHOTZU z.B., eine neue Stadt in Nord-Sinkiang mit einer Bevölkerung von 70.000 Menschen, war zur Zeit der Befreiung fast unbewohnt. Die Stadt ist heute ein Hauptzentrum für die Leichtindustrie der Provinz. Zugleich mit der Entstehung der neuen Städte wurden dauernde Niederlassungen für die nomadisierenden Hirten von Sinkiang mit Schulen, Veterinärstationen, Kliniken, Geschäften und Wetterstationen geschaffen.

NEUE STRASSEN IN DEN AUTONOMEN GEBIETEN SÜDCHINAS

13 neue Hauptstraßen wurden hier im vergangenen Jahr eröffnet. Damit beträgt die totale Länge der Straßen in der Provinz KWANGSI heute 16.000 km,

das ist das fünffache gegenüber der Zeit vor der Befreiung. Zum ersten Male führt jetzt eine Straße bis zu den entlegensten Orten der Provinz. Die Bildung der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Jahre 1956, und dann die Bildung der Kommunen im Jahre 1958 hat entscheidend zum Fortschritt des Straßenbaues beigetragen. Lastwagen und Autobusse können jetzt bis in die entlegensten Gebiete gelangen, in welchen früher Packtiere die einzigen Verkehrsmittel dargestellt haben.

FREIZEITSCHULEN DER CHINESISCHEN BAUERN

Über 10 Millionen chinesische Bauern nehmen derzeit an den von den Kommunen eingerichteten Winterschulen teil. In Nordostchina, in der Provinz HEILUNG-KIANG, ist in diesem Winter die Zahl der Bauern, die an den Freizeitschulen teilnahmen, viermal so hoch als im letzten Winter. In der Provinz FUKI-EN, wo trotz einer neun Monate dauernden Trockenperiode die Reisernte und die Ernte an anderen Feldfrüchten gegenüber dem Vorjahr bedeutend gesteigert werden konnte, sind seit der Herbsternste 6.700 Freizeitschulen eingerichtet worden. Spezielle Ausbildungsschulen für die Lehrer der Freizeitschulen sind in den verschiedenen Teilen des Landes eingerichtet worden. Unterweisende Bücher für die Lehrer und andere Lehrmittel werden von der Regierung zur Verfügung gestellt.

Verbreitet die
"ROTE FAHNE"!

HOCHSCHULBILDUNG FÜR 2.500 SHANGHAIER ARBEITER

Nach 3-6 Jahren Freizeit-Hochschulausbildung arbeiten jetzt bereits 2.500 Arbeiter von Shanghai als Ingenieure und in anderen leitenden Berufen in den Fabriken der Stadt. Ihre Ausbildung erfolgte in den verschiedensten Sparten, darunter in den neuesten Fächern, wie Elektronik und anorganische Technologie. Die Freizeithochschulen, die von den Fabriken, Forschungsorganisationen und den regulären Hochschulen ins Leben gerufen wurden, haben derzeit eine Frequenz von über 90.000 Studenten. Das entspricht 70 % der Studentenschaft an den regulären Ingenieur-Instituten.

ERÖFFNUNG EINES HAUSES DER WISSENSCHAFT IN PEKING

Für die 46 wissenschaftlichen Gesellschaften, die in der Chinesischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik vereinigt sind, wurde am 1. Jänner feierlich das neue Haus der Wissenschaft in Peking eröffnet, das aus zwei sechsstöckigen und einem vierstöckigen Gebäude mit insgesamt 47.000 m² Bodenfläche besteht. Es enthält über 30 Konferenzräume, davon der größte für 300 Personen. Ein neuer Vortragssaal für 600 Personen mit den modernsten technischen Einrichtungen wird bis zum Herbst fertiggestellt sein. Das Institut für wissenschaftliche Information hat einen Lesesaal eröffnet, der die letzten Ausgaben von über 1.600 verschiedenen ausländischen wissenschaftlichen Zeitschriften und Nachschlagewerken für den Gebrauch der Gelehrten bereit hält. Ein eigenes Hotel für 800 Personen steht den wissenschaftlichen Arbeitern, die aus anderen Städten kommen, zur Verfügung.

KURZNACHRICHTEN AUS ALLER WELT

DIE KP CHINAS VERÖFFENTLICHT DIE IN DER SU ERSCHIENENEN ANTICHINESISCHEN ARTIKEL

Nach unvollständigen Statistiken sind vom Juli bis zum November 1963 mehr als 2.000 antichinesische Artikel in insgesamt 50 sowjetischen Zeitungen erschienen. Die chinesische Presse

brachte laufend Auszüge aus diesen Artikeln. Um nun der chinesischen Öffentlichkeit den Umfang der von Verleumdungen strotzenden Kampagne sowjetischer Zeitungen gegen China vor Augen zu führen, wird ein Peking-Verlag die betreffenden Artikel der sowjetischen Zentralorgane ungekürzt in einem Sammelband herausbringen.

DER TEXTILARBEITERSTREIK IN SAIGON

Am 3. Jänner traten die 2000 Arbeiter einer im Besitz von USA- und Tschechoslowakisch-Kapitalisten befindlichen Textilfabrik Saigons, der Hauptstadt Süd-Vietnams, in den Streik, um gegen die ungeheuerlichen Ausbeutungsmethoden zu protestieren. Als sich die Streikenden auch massivsten Einschüchterungsversuchen nicht beugten, ließen die amerikanischen Eigentümer zwei Bataillone Marinetruppen und Polizei, mit 21 Panzerfahrzeugen und Flammwerfern ausgerüstet, den Betrieb stürmen, in dem sich die Arbeiter verschanzt hatten. Einige verhaftete Streikführer wurden bei ihrem Abtransport befreit, indem die Bevölkerung den Panzern den Weg versperrte.

US-GIFTGAS GEGEN DIE ZIVILBEVÖLKERUNG SÜDVIETNAMS

Bei ihrem Angriff gegen die streikenden Arbeiter Saigons setzten die amerikanischen Truppen auch Giftgas ein - nicht zum ersten Mal. Wie die Nachrichtenagentur "LIBERATION" mitteilt, wurden in Südvietnam von November bis Mitte Jänner mehr als 5.700 Personen, darunter 3.000 Kinder, durch amerikanisches Giftgas geschädigt, das die Amerikaner selbst oder ihre südvietnamesischen Marionetten gegen die Zivilbevölkerung anwandten. Tausende Stück Vieh gingen dabei zugrunde, schwere Schäden entstanden an Obst- und Getreidekulturen. Die Agentur "LIBERATION" fordert von der US-Regierung die sofortige Einstellung dieser völkerrechtswidrigen Kriegsakte und wendet sich an alle friedliebenden Völker mit dem dringenden Appell, den Kampf des südvietnamesischen Volkes gegen die Unmenschlichkeit der US-Truppen aktiv zu unterstützen.

DER WELTGEWERKSCHAFTSBUND HAT SICH DEM APPELL DER "LIBERATION" ANGESCHLOSSEN - ABER DIE ÖSTERREICHISCHE "VOLKSSTIMME" TREIBT DIE "FRIEDLICHE KOEXISTENZ" MIT DEM USA-IMPERIALISMUS SO WEIT, DASS SIE SELBST DAS VERSCHEIGT!

ÜBER EINE MILLION JAPANER DEMONSTRIEREN GEGEN US-STÜTZPUNKTE

Nah den rund 40 amerikanischen Stützpunkten in Japan demonstrierten mehr als eine Million Japaner gegen die Anwesenheit amerikanischer Truppen in ihrem Land sowie gegen die Pläne der Stationierung von US-Atombomben der Type F 129 D in Japan. Die Demonstranten richteten in gleichlautenden Resolutionen einen APPELL AN ALLE VÖLKER DER WELT, eine einheitliche Kampffront gegen den amerikanischen Imperialismus als dem Hauptfeind der nationalen Unabhängigkeit und des Weltfriedens zu bilden.

SOLIDARITÄT MIT VENEZUELA

In der Aula der Universität von Montevideo hielten mehrere politische Parteien und Organisationen Uruguays eine Großkundgebung ab, die sich mit dem heldenhaften Kampf des venezolanischen Volkes gegen den US-Imperialismus und seine Statthalter solidarisierte. Im Namen der Zentralen Union der Uruguayanischen Arbeiter erklärte José TERODIEX die bedingungslose Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des venezolanischen Volkes durch seine Organisation. Dieser Kampf ist, wie er betonte, ein Teil des allgemeinen Kampfes der lateinamerikanischen Völker mit dem Ziel, dem US-Imperialismus das Grab zu bereiten.

MAO TSE-TUNGS WERKE IN KUBA

In der Reihe der Veröffentlichung der Werke Mao Tse-Tungs in Kuba wurde jetzt in Havanna das Buch "Über die Widersprüche" in einer Auflage von 50.000 Exemplaren herausgegeben.

DIE "BELIEBTHEIT" DER USA-IMPERIALISTEN IN DER WELT

Unter den Nachrichten, die die österreichische großbürgerliche Zeitung "Die Presse" am 6. Februar 1964 auf den ersten zwei Seiten veröffentlichte, berichten gleich vier ungewollt über die "Beliebtheit" der USA-Imperialisten in aller Welt.

ERSTE Meldung: "Zypern: Bomben auf US-

Mission". Auf Zypern wüßten die Amerikaner nie, wann und wo die nächste Bombe gegen sie explodiere, weswegen das amerikanische Zivilpersonal evakuiert werden müsse.

ZWEITE Meldung: Auch im Kongo sieht es für die amerikanischen und anderen Imperialisten schlecht aus.

DRITTE Meldung: In ACCRA, der Hauptstadt Ghanas, marschierten Hunderte Demonstranten zur US-Botschaft und rissen das Sternenbanner herunter. Sie trugen Plakate, auf denen die amerikanischen Aktionen in LAOS, KOREA und im KONGO verurteilt werden.

VIERTE Meldung: Die Empörung über das von den Amerikanern in PANAMA angeordnete Blutbad hält an und wird sogar im Rat der OAS heftige Diskussionen auslösen.

CEYLONS AUßENPOLITIK

In einer Darlegung der Außenpolitik ihres Landes protestierte der Premierminister von Ceylon, Frau BANDARANAIKE, gegen die Entsendung der 7. US-Flotte in den Indischen Ozean. Ihre Regierung werde in Hinkunft die Benützung ceylonesischer See- und Lufthäfen sowie der Territorialgewässer durch amerikanische Einheiten verhindern, die mit Atomwaffen ausgerüstet oder zu einer solchen Ausrüstung geeignet sind. Frau Bandaranaike sprach sich für eine zweite afro-asiatische Konferenz aus, die sich mit den besonderen Problemen dieser Völker beschäftigt. Sie betonte, daß das gute Verhältnis Ceylons zu China in keiner Weise von dessen Verhältnis zu Indien abhängt.

DER WOHNBAU IN ALBANIEN

Albanien, das während des Krieges schwerste Schäden erlitten hatte, hat das Wohnungsproblem trotz ständigen Anwachsens seiner Bevölkerungszahl bereits im wesentlichen gelöst. In dem nicht einmal 2 Millionen Einwohner zählenden Land wurden zwischen 1945 und 1962 28.000 Wohnungen durch den Staat und weitere rund 60.000 Wohnhäuser mit staatlicher Hilfe er-

baut. Gegenwärtig werden pro Jahr 4.000 neue Wohnungen (ohne die privat errichteten, bei denen der Staat mit-hilft) gebaut und der Umfang der Bautätigkeit nimmt weiter zu. Während der Mietzins vor der Befreiung 10 bis 20 Prozent des Einkommens verschlang, beträgt er jetzt zwischen 1,5 und 3 Prozent eines Monatseinkommens, wodurch Albanien zu den Ländern mit den niedrigsten Mietzinssen der Welt gehört.

JUGOSLAWIENS AUßENHANDELSDEFIZIT

Wie die jugoslawische Zeitung "PRIVEDNI PREGLED" mitteilt, hat sich das Außenhandelsdefizit Jugoslawiens im Jahre 1963 gegenüber dem Vorjahr um 35 % vergrößert. Während die Exporte um 11,7 % abnahmen, wuchsen die Importe um 10,8 %. Die Ausfuhren nach den USA machten nur 21,8 % der Einfuhren aus diesem Lande aus. Das Defizit wird durch Kredite gedeckt, zu denen 1963 die Sowjetunion mit 30 Millionen Rubel, die USA und die von ihr abhängigen internationalen Banken mit 220 Millionen Dollar beitrugen.

ZUR AUFNAHME DIPLOMATISCHER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN FRANKREICH UND VOLKSCHINA

Nachdem die vom Hauptlande des Imperialismus, den USA, systematisch verfolgte Politik, das volkreichste sozialistische Land der Welt international zu isolieren und isoliert zu halten, schon dadurch schwere Schläge erlitten hatte, daß insgesamt 40 Staaten diplomatische Beziehungen mit China entwickelten, ist diese Politik mit der Herstellung solcher Beziehungen zwischen Volkschina und Frankreich endgültig durchbrochen.

Wie selbst die bürgerliche Presse, die diese Entwicklung mit Unlust, oft mit gehässiger Kritik an Frankreich quittierte, nicht verhehlen kann, ist damit zu rechnen, daß dem Beispiel Frankreichs eine ganze Reihe anderer Länder, insbesondere Afrikas, folgen werden, wodurch sich die Aussichten Volkschinas, den ihm gebührenden Sitz in der UNO und im Sicherheitsrat einnehmen zu können, wesentlich vergrößern. Wie TSCHU EN-LAI in einem Interview mit einem Korrespondenten der französischen Presseagentur bemerkte, würde die Mitgliedschaft des

sozialistischen China in der UNO bedeuten, daß dort den gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, für nationale Unabhängigkeit und für den Weltfrieden kämpfenden Kräften eine gewaltige Macht an die Seite tritt.

Wie der Abbruch der Beziehungen zwischen Frankreich und der Tschang Kai Schek-Clique zeigt, hat auch die These "zweiter China" Schiffbruch erlitten, was eine weitere Niederlage des US-Imperialismus bedeutet.

Nicht zuletzt strahlt die Entwicklung auch die revisionistische Propaganda-Lügen, der revolutionäre, prinzipienfeste Kurs Volkschinas führe zu dessen

internationaler Isolierung. Das Gegenteil ist der Fall. Die Vertretung Volkschinas in der UNO wird auch eine wertvolle Hilfe im Kampf gegen den internationalen Revisionismus sein und ihm seine internationalen Machenschaften erschweren.

Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem sozialistischen China ist ein Ausdruck der gewaltig angewachsenen politischen und wirtschaftlichen Macht des sozialistischen 650-Millionenstaates, ein Sieg des antiimperialistischen Kampfes und ein Erfolg im Kampf für einen wahren Frieden.

 AUS DER REVOLUTIONÄREN WELTBEBEWEGUNG - AUS DER REVOLUTIONÄREN WELTBEBEWEGUNG - AUS DER REVOLUTIONÄREN

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI CEYLONS WÄHLT EINE REVOLUTIONÄRE FÜHRUNG

=====

COLOMBO. In Anwesenheit von 399 Delegierten und 149 Beobachtern aus 109 Parteiorganisationen fand hier vom 19. - 21. Jänner der 7. Parteitag der KP Ceylons statt. In seiner Eröffnungsansprache unterstrich der bekannte Veteran der Partei A.D.CHARLESHAMI die besondere Aufgabe des Parteitags, die ceylonesische Partei aus dem Sumpf des Revisionismus zu befreien und ihr eine wirklich revolutionäre, marxistisch-leninistische Führung zu geben.

Wie Genosse P.KUMARASIRI, der Sekretär des Organisationskomitees, dem die Vorbereitung des Parteitags oblag, bekanntgab, hatte der 6. Parteitag der KP Ceylons die Einberufung des folgenden Parteitags spätestens mit Dezember 1962 festgelegt. Die Revisionisten an der Spitze der Partei hatten diesen Beschluß jedoch gebrochen, weil sie fürchteten, ihr verräterischer Kurs würde auf dem Parteitag eine Niederlage erleiden. Als bereits mehr als 70 Prozent der Mitglieder der Partei die sofortige Einberufung des Parteitags forderten, ergriffen die Marxisten-Leninisten die Initiative und beriefen den 7. Parteitag gemäß den Statuten der Partei ein.

Einhellig billigte der Parteitag den am 17. November 1963 beschlossenen und von 116 führenden Funktionären der KP Ceylons unterschriebenen Aufruf "An alle Marxisten-Leninisten in der KP Ceylons", der zur Einberufung des Parteitags geführt hatte. Auch der politische Bericht des Genossen KUMARASIRI sowie der organisatorische Bericht des Genossen SANMUGATHASAN wurden einstimmig angenommen.

Von besonderer Bedeutung ist der einmütige Beschluß der "Resolution zur Berichtigung der Irrtümer des früheren Zentralkomitees". Es heißt hier u.a.:

"Der 7. Parteitag der KP Ceylons verwirft die vom ehemaligen ZK der KP Ceylons nach dem 22. Parteitag der KPdSU angenommene Erklärung, in der die brüderliche Partei der Arbeit Albaniens angegriffen und verleumdete,

und die Verdienste des Genossen J.W. STALIN abgeleugnet wurden... Der Parteitag begrüßt die heroisch gegen die Revisionisten und ihre Einschüchterungsversuche kämpfende Partei der Arbeit Albanien. Er ehrt auch das Andenken des großen proletarischen Revolutionärs J.W. Stalin, dessen hervorragende Leistungen immer eine Quelle der Inspiration für alle Kommunisten bleiben werden... Der Parteitag verwirft die vom früheren ZK am 26. September 1963 angenommene Resolution 'Über die Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung', in der der richtige Standpunkt der KP Chinas angegriffen wurde und unterstützt die am 27. Oktober 1963 von zehn Mitgliedern des Zentralkomitees veröffentlichte 'Antwort an die Mehrheit des ZK der KP Ceylons', in der der marxistisch-leninistische Standpunkt in den internationalen Fragen bekräftigt wird..."

Jeder dieser Sätze wurde, sowie man ihn verlas, von den Delegierten und Beobachtern mit stürmischem Applaus begrüßt. Der Annahme der Resolution folgte eine begeisterte Ovation.

Eine weitere, vom Parteitag ebenfalls unter großem Beifall angenommene Resolution stellt fest:

"Der 7. Parteitag der KP Ceylons bestätigt neuerlich sein Festhalten an den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und an den politischen Richtlinien, wie sie von der internationalen kommunistischen Bewegung beschlossen und in der Moskauer Deklaration und der Moskauer Erklärung von 1957 und 1960 festgelegt sind ... Der Parteitag verurteilt die Versuche der Führung der KPdSU, dem Weg des jugoslawischen Bdk folgend, die entscheidenden Grundsätze des Marxismus-Leninismus zu revidieren und sie ihres revolutionären Inhalts zu berauben, von den gemeinsamen Beschlüssen der internationalen kommunistischen Bewegung abzugehen und so die internationale kommunistische Bewegung zu schwächen und zu spalten... Der Parteitag bestätigt die Feststellung der Moskauer Konferenz von 1960, daß DER REVISIONISMUS DIE HAUPTGEFAHR FÜR DIE INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE BEWEGUNG DARSTELLT. Er ruft die Kommunisten in der ganzen Welt auf, entschlossen gegen den modernen Revisionismus zu kämpfen und die revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu verteidigen, die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung zu schützen und das internationale Proletariat zur Erkämpfung des Sozialismus im Weltmaßstab vorwärtszuführen."

Unter lang anhaltendem, stürmischem Beifall wählte der Parteitag am Abend des 21. Jänner ein neues, revolutionäres Zentralkomitee mit den Genossen N.SANMUGATHASAN und P.KUMARASIRI an der Spitze. Mit dem vielstimmigen kämpferischen Ruf "Es lebe die neue Führung der KP Ceylons!", "Es lebe der Marxismus-Leninismus!" schloß der Parteitag.

DAS SÜNDENREGISTER DER VERJAGTEN CEYLONESISCHEN REVISIONISTEN

Das am 28. Jänner 1964 konstituierte neue Polbüro des ZK der KP Ceylons beschloß, alle revisionistischen Mitglieder des früheren Zentralkomitees der Partei aufzufordern, innerhalb von 14 Tagen schriftlich zu den Anschuldigungen Stellung zu nehmen, die gegen sie erhoben werden. Unter anderem werden ihnen die folgenden Verfehlungen zur Last gelegt:

Unterlassen der Durchführung des 7. Parteitages in der beschlossenen und vom Statut geforderten Frist;
Verlassen der in der Moskauer Erklärung und Deklaration von 1957 und 1960 festgelegten marxistisch-leninistischen Grundsätze und Annahme der falschen Theorien des modernen Revisionismus;

Ausschluß der Genossen Kumarasiri, Samugathan und anderer aus der Partei ohne objektive Untersuchung;
unbegründete Absetzung der Genossen Kumarasiri und anderer als Herausgeber von Zeitschriften der Partei;
Weigerung, dem Verlangen der Mehrheit der Gebietskomitees der Partei und mehr als der Hälfte der Parteimitglieder nach sofortiger Einberufung des Parteitags nachzukommen;
Verringerung des Mitgliederstandes der Partei auf eine erbärmliche Zahl, wodurch die Partei geschwächt und entwaffnet wurde;
Behinderung der proletarischen Kampfbewegung und ausschließliche Orientierung auf den parlamentarischen Weg;
Weigerung, alle revolutionären Kräfte zu sammeln und auf die Möglichkeit eines nichtfriedlichen Weges zum Sozialismus vorzubereiten;
Versagen in der Organisierung der Bauernschaft;
Versagen bei der marxistischen Erziehung der Parteimitglieder und der Arbeiterklasse;
Versuch der Aufspaltung der von der Partei geführten Massenorganisationen und Spaltung der ceylonesischen Gewerkschaftsvereinigung durch Diskreditierung von revolutionär eingestellten Genossen;
Zerreißung der Einheit der KP Ceylons durch Verletzung der Parteistatuten, des demokratischen Zentralismus und anderer leninistischer Normen des Parteilebens.

DIE KP PERUS BRICHT MIT DEN REVISIONISTEN

=====

LIMA. Am 18. und 19. Jänner 1964 tagte der von der Mehrheit der peruanischen ZK-Mitglieder und von den Repräsentanten von 13 der insgesamt 17 Regionalkomitees einberufene 4. Parteitag der KP Perus.

In das Ehrenpräsidium des Parteitages wurden in einem symbolischen Akt MARX, ENGELS, LENIN, STALIN, MAO TSE-TUNG sowie die hervorragendsten Führer der peruanischen Partei gewählt, die bis zu ihrem Tod für die Partei gekämpft und gearbeitet hatten.

Der Parteitag mißbilligte entschieden die antimarxistischen Auffassungen der modernen Revisionisten in der Frage von Krieg und Frieden, friedlicher Koexistenz und nationaler Befreiungsbewegung. Zugleich verurteilte er einhellig die revisionistische Tätigkeit des bisherigen Generalsekretärs der Partei, Raul ACOSTA, und schloß ihn und seine revisionistischen Mitläufer - denen zum Teil Zusammenarbeit mit der Polizei nachgewiesen werden konnte - aus der peruanischen Partei aus.

WIEDERAUFBAU DER KP BELGIENS AUF DER GRUNDLAGE DES MARXISMUS-LENINISMUS

=====

BRÜSSEL. Am 22. Dezember 1963 wurde hier auf einer Nationalkonferenz der Beschluß zum Wiederaufbau der KP Belgiens auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus gefaßt. Die Konferenz, auf der Henri GLINEUR, der Begründer der KP Belgiens, den Vorsitz führte, und Vertreter aus allen Teilen Belgiens teilnahmen, wählte ein aus neun Mitgliedern bestehendes Polbüro mit Genossen Jacques GRIPPA als Generalsekretär. Der Konferenz wird im Frühjahr 1964 ein Parteitag folgen, der das neue Zentralkomitee der KP Belgiens wählen wird.

Auf der Nationalkonferenz sprach Genosse GRIPPA über die politische Situation und die Aufgaben der Partei, während Genosse Maurice DELOGNE den Bericht über den notwendigen Wiederaufbau der belgischen Kommunistischen Partei auf Grundlage des Marxismus-Leninismus erstattete.

Nach ausführlicher Diskussion dieser Berichte beschloß die Nationalkonferenz drei bedeutsame Resolutionen.

In der ersten dieser Resolutionen, die den Wiederaufbau der Partei auf der Basis des Marxismus-Leninismus betrifft, heißt es, daß die revisionistische Gruppe, die sich als das "Polbüro" der KP Belgiens bezeichnet und ihr Zentralorgan okkupiert hat, den Marxismus-Leninismus vollständig über Bord geworfen hat.

"Sie hat die Arbeiterklasse verraten und verrät sie weiter, indem sie die Klassenzusammenarbeit auf allen Gebieten praktiziert. Wir erklären diese revisionistische Gruppe und das sogenannte Zentralkomitee, das aus ihr hervorgeht, als dem Marxismus-Leninismus feindliche Körperschaften, die eine antikomunistische Politik verfolgen und vom Namen der Kommunistischen Partei betrügerischen Gebrauch machen."

Die Resolution klagt die Revisionisten weiters der flagranten Verletzung der Normen des Parteilebens, einer Serie verächtlicher Handlungen gegen jene Genossen und Organisationen, die auf marxistisch-leninistischen Positionen verharren, und spalterischer Maßnahmen an. Sie zeigt auf, daß der zu Ostern 1963 in Antwerpen abgehaltene sogenannte "Parteitag" ein "betrügerischer Kongreß" war, dessen Beschlüsse, sowohl sein Programm und sein Statut als auch dessen Ausschlußmaßnahmen, für null und nichtig erklärt werden.

Die Resolution kündigt die Wahl eines Zentralkomitees an, das den für das Frühjahr 1964 vorgesehenen Parteitag sowie ein marxistisch-leninistisches Parteiprogramm und ein entsprechendes Statut vorbereiten soll, das dem Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Auf internationalem Gebiet bekennt sich die Resolution zu den Beschlüssen der Moskauer Konferenzen von 1957 und 1960 und zur Wiederherstellung und Stärkung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf revolutionärer Basis.

Die zweite Resolution betrifft das Aktionsprogramm der Partei. Nach den Abschnitten über die wichtigsten Forderungen der belgischen Arbeiterklasse in ihrem Kampf um materielle und politische Rechte, um die Sicherung und Verteidigung demokratischer Freiheiten, beschäftigt sich ein spezieller Teil des Programms mit dem Kampf für die Sicherung des Weltfriedens und gegen die imperialistische Atomdrohung. Unter Feststellung der Tatsache, daß der amerikanische Imperialismus der Hauptfeind des Weltfriedens, die Hauptkraft der Aggression ist, fordert das Programm:

"Verbot der weiteren Erzeugung, Erprobung und Verwendung aller Atom- und Kernwaffen sowie restlose Vernichtung aller Vorräte daran gemäß dem Vorschlag der Regierung der Volksrepublik China;
Entfernung aller Militärbasen und Truppen von fremdem Territorium;
Schaffung atomwaffenfreier Zonen;
Solidarität mit allen Ländern, die Opfer imperialistischer Aggression sind;
internationale Anerkennung der Volksrepublik China, der Volksrepublik Albanien, der DDR, der demokratischen Republik von Vietnam und der koreanischen volksdemokratischen Republik;

Schluß mit der Unterwerfung unter die aggressive NATO-Politik und Beseitigung der Folgen dieser Unterwerfung", usw.

Ein besonders wichtiges Kapitel des Aktionsprogramms trägt den Titel "Aktiver proletarischer Internationalismus". Es fordert u.a.:

"Solidarität mit dem gesamten sozialistischen Lager im allgemeinen und mit jedem einzelnen sozialistischen Land im besonderen;
solidarische Unterstützung der revolutionären Klassen und Völker, die gegen imperialistische Unterdrückung kämpfen, insbesondere der nationalen Befreiungsbewegungen im Kongo, in Süd-Vietnam, in Venezuela, Südafrika und Angola, Unterstützung der algerischen Revolution und aller antiimperialistischen revolutionären Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika, Kampf gegen den Kolonialismus und Neokolonialismus;
Unterstützung des Kampfes der amerikanischen Neger im besonderen und des Kampfes gegen den Rassismus im allgemeinen;
Solidarität mit der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen aller Länder im Kampf für soziale Befreiung und gegen den Faschismus, insbesondere in Spanien, Portugal und Griechenland."

Ausdrücklich betont das Aktionsprogramm, daß die notwendige Voraussetzung für die wirkungsvolle Erfüllung der genannten Aufgaben die "Enthüllung und Bekämpfung der Lügen und Täuschungen der bürgerlichen Ideologie sowie der demoralisierenden Theorien des Reformismus und modernen Revisionismus ist".

Die dritte Resolution der Nationalkonferenz betrifft die Errichtung einer wallonischen und einer flämischen Kommunistischen Partei, zu der auf zwei gleichzeitig durchgeführten Tagungen wichtige Vorarbeiten geleistet wurden. Die wallonische Partei hat bereits ein aus 24 Mitgliedern bestehendes Zentralkomitee unter Führung des Genossen Henri GLINEUR gewählt; die flämische Partei wird ihren Parteitag im Frühjahr 1964 abhalten und hat dazu ein Organisationskomitee unter Führung des Genossen Achille VAN TOURNHOUT gebildet. Die Resolution erklärt, daß DIE WALLO-NISCHE UND DIE FLÄMISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI GEMEINSAM MIT DER BRÜSSELER FÖDERATION VON NUN AN DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI BELGIENS BILDEN. Diese Dreigliedrigkeit entspricht den "konkreten und spezifischen Bedingungen des Kampfes der belgischen Arbeiterklasse und Werktätigen, insbesondere der Existenz zweier Nationen und der Besonderheit Brüssels".

x x x

"MARXISTEN-LENINISTEN, VEREINIGT EUCH UND SETZT DEN KAMPF ZUR VERNICHTUNG DES REVISIONISMUS FORT!"

=====

DJAKARTA. Hier fand Ende Dezember 1963 eine wichtige Plenartagung des ZK der KP Indonesiens statt, auf der Genosse AIDIT, der Vorsitzende der Partei, über die Entwicklung in der kommunistischen Weltbewegung berichtete. Nach ausführlicher Diskussion wurde das Referat Aidits gebilligt und eine Resolution beschlossen, die den obenstehenden Titel trägt.

Die im Zentralorgan der KP Indonesiens "HARIAN RAKJAT" veröffentlichte Resolution erklärt die Notwendigkeit, die Beziehungen der KP Indonesiens zu den kommunistischen und Arbeiterparteien der anderen Länder weiterhin und noch nachdrücklicher auf die Basis der Unabhängigkeit und der Gleichberechtigung zu stellen, wie sie

in der Moskauer Deklaration von 1960 festgelegt wurde. Dank einer solchen Haltung ist die KP Indonesiens in der Lage, die Probleme der internationalen kommunistischen Bewegung kritischer zu analysieren und die Partei konkreter in die indonesische revolutionäre Bewegung einzuschalten; auch konnte dank dieser Haltung jeder ungünstige Einfluß der Differenzen in der internationalen kommunistischen Bewegung auf die indonesische Partei vermieden werden. Die großen Auseinandersetzungen in der internationalen kommunistischen Bewegung haben vielmehr die Rolle einer internationalen "Universität des Marxismus-Leninismus" erlangt.

Die Plenartagung kam zu dem Ergebnis, daß es in der internationalen kommunistischen Bewegung gegenwärtig vier Typen von Parteien gibt:

- 1) marxistisch-leninistische Parteien;
- 2) Parteien, deren Führung von den Revisionisten kontrolliert wird, in denen es aber eine marxistisch-leninistische Opposition gibt;
- 3) Parteien unter völliger Kontrolle durch die Revisionisten, neben denen aber von den Revisionisten ausgeschlossene Marxisten-Leninisten eigene Gruppen bilden;
- 4) Parteien, die ebenfalls unter völliger Kontrolle der Revisionisten sind, neben denen aber bereits neue kommunistische Parteien existieren.

Die KP Indonesiens ist eine Partei vom ersten Typ. Sie bestimmt ihre Haltung gegenüber der Differenzierung und Auslese, die jetzt in den kommunistischen Parteien vieler Länder vor sich geht, gemäß den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus sowie gemäß den revolutionären Grundsätzen der Moskauer Beschlüsse von 1957 und 1960.

Anläßlich des 3. Jahrestages der Veröffentlichung der Moskauer Erklärung von 1960 stellt das Plenum mit Befriedigung fest, daß die Richtigkeit der Erklärung durch die revolutionäre Entwicklung in allen Teilen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie der Welt überhaupt erprobt wurde. Das Plenum unterstreicht, daß die marxistisch-leninistische Einheit der kommunistischen Weltbewegung nur dann erhalten werden und diese stärkste Bewegung unserer Tage nur zum Siege geführt werden kann, wenn wirkliche Bereitschaft besteht, dieses Dokument hochzuhalten, seinen Inhalt und seinen Geist in Worten und Taten zu erfüllen, ohne diesen oder jenen Teil im liberalen oder anarchistischen Sinne zu revidieren. Die Kampferfahrung zeigt dem indonesischen und anderen Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, daß der antiimperialistische Kampf mit dem Kampf gegen den Revisionismus verbunden ist. Deshalb erfordert ein stärkerer Kampf gegen den Imperialismus auch eine Verstärkung des Kampfes gegen den Revisionismus und umgekehrt.

Obwohl es zur Zeit in der kommunistischen Weltbewegung ernste Meinungsverschiedenheiten gibt, ist die Situation keineswegs düster und wird sie es auch in Zukunft nicht sein. Das Licht des Marxismus leuchtet in jedem Land, in manchem mehr, in manchem weniger, aber nirgends gibt es komplette Finsternis. Es besteht kein Grund zum Pessimismus, vielmehr aller Grund, in

der internationalen kommunistischen Bewegung die Fahne des revolutionären Optimismus hochzuhalten.

Das Plenum ist der Überzeugung, daß das gegenseitige Verständnis zwischen den kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder durch mehr zweiseitige Gespräche erreicht werden könnte. Ein internationales Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien muß den Zweck haben, die marxistisch-leninistische Bewegung und den proletarischen Internationalismus zu stärken, die revolutionären Prinzipien der Moskauer Deklaration und Erklärung von 1957 und 1960 zu bekräftigen, und nicht zu schwächen.

Das Plenum appelliert an alle marxistisch-leninistischen Parteien und an alle Kommunisten, die sechs Banner zur Stärkung der kommunistischen Weltbewegung hoch zu halten:

- 1) das Banner des Marxismus-Leninismus gegen den Revisionismus;
- 2) das Banner der Revolution gegen das der Kapitulation;
- 3) das Banner des konkreten Friedens gegen den abstrakten Frieden;
- 4) das Banner des proletarischen Internationalismus gegen den Großmächtegoismus;
- 5) das Banner der Einheit gegen die Zersplitterung;
- 6) das Banner des revolutionären Optimismus gegen den Pessimismus.

DIE NOTWENDIGKEIT DES KAMPFES GEGEN DEN JUGOSLAWISCHEN REVISIONISMUS

=====

Das theoretische Organ der KP JAPANS, "ZENEI", veröffentlichte kürzlich einen umfangreichen Artikel über die Notwendigkeit der unversöhnlichen Bekämpfung des jugoslawischen Revisionismus, den wir im folgenden zusammengefaßt wiedergeben.

Der jugoslawische Revisionismus ist keine revisionistische Abweichung innerhalb der Reihen des Marxismus-Leninismus, sondern eine ausgereifte Form des modernen Revisionismus, der dem Marxismus-Leninismus in allen seinen Aspekten, in der Methode des Denkens, in den politischen und ökonomischen Theorien, in den Theorien über Krieg und Frieden, über die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau, widerspricht; er steht in scharfem, antagonistischem Gegensatz zum revolutionären Standpunkt der Moskauer Deklaration und der Moskauer Erklärung, dem gemeinsamen Programm der internationalen kommunistischen Bewegung. Mit anderen Worten, so wie der klassische Revisionismus von Bernstein, Kautsky etc.

IST DER JUGOSLAWISCHE REVISIONISMUS EIN FEIND DES MARXISMUS-
LENINISMUS UND MUSS DURCH EINEN GRÜNDLICHEN IDEOLOGISCHEN
KAMPF VERNICHTET WERDEN.

Die jugoslawischen Revisionisten nennen unsere Zeit die "Periode des Übergangs zum Sozialismus". Aber ihre Theorie von der "Übergangsperiode" widerspricht dem Marxismus-Leninismus, denn sie verleugert den grundsätzlichen Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus und leugnet die Tatsache, daß der Übergang zum Sozialismus in den Ländern der kapitalistischen

"aktive Koexistenz", betrifft, ist sie eine direkte Verteidigung des Imperialismus. Ihr wahres Ziel besteht darin, die imperialistischen verbrecherischen Aggressoren von ihrer Verantwortung mit der Begründung freizusprechen, daß "die Natur des Imperialismus sich geändert" habe. Auf der anderen Seite versuchen die Revisionisten, in Zusammenarbeit mit den Imperialisten, die Hauptverantwortung für den kalten und die heißen Kriege den sozialistischen Ländern zuzuschreiben. Die revisionistische Verharmlosung des Imperialismus und die Anwendung der opportunistischen Linie der Klassenversöhnung auf die internationalen Beziehungen bedeutet eine restlose Verzerrung der marxistischen Theorie der friedlichen Koexistenz.

Eine besonders gefährliche Rolle spielt die liquidatorische Linie der jugoslawischen Revisionisten über die Rolle der Vorhut. Indem sie heuchlerisch gegen das "ideologische und politische Monopol" der Marxisten-Leninisten auftreten, vervollständigen die Revisionisten Jugoslawiens ihre antimarxistische Theorie, die den Klassenkampf abschwört und die Revolution und die Diktatur des Proletariats verneint. Gleichzeitig versorgen sie die Revisionisten in Japan und anderen Ländern in ihrem Kampf gegen die Partei mit der Waffe des Liquidatorentums.

Die Ereignisse zeigen, daß, ebenso wie der klassische Revisionismus, auch der moderne Revisionismus eine internationale Erscheinung ist.

DAHER HAT AUCH DER KAMPF GEGEN DEN REVISIONISMUS EINEN INTERNATIONALEN CHARAKTER. UM DIE REVISIONISTEN IM EIGENEN LAND ZU BEKÄMPFEN UND SIE VÖLLIG ZU BESIEGEN, IST ES NOTWENDIG, IHRE LEHRER UND IHRE STÜTZE - DIE JUGOSLAWISCHEN REVISIONISTEN - ZU BEKÄMPFEN.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für die Vervielfältigung und für den Inhalt verantwortlich:
Franz STROBL, Wien 15., Goldschlagstraße 30/33.
P.b.b. - Erscheinungsort Wien - Verlagspostamt Wien 101

Welt nur beginnen kann, nachdem die Herrschaft des Imperialismus und Monopolkapitals vernichtet, die sozialistische Revolution durchgeführt und die proletarische Diktatur errichtet ist. Sie leugnen, daß der Übergang der menschlichen Gesellschaft zum Sozialismus ein revolutionärer Prozess ist, der von den Siegen im Kampf gegen den Weltimperialismus bis zum Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt fortschreitet. Sie meinen, daß die Existenz des sozialistischen Lagers ein Faktor sei, der eine "Umwandlung" der politischen und wirtschaftlichen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft im Sinne des Sozialismus ermögliche, sodaß die Revolution unnötig werde. Das läuft darauf hinaus, die Revolution allmählich abzuschaffen und die Arbeiterklasse auf die Idee der "Evolution ohne Revolution" festzulegen.

Die taktische Politik der jugoslawischen Revisionisten ist identisch mit der betrügerischen Losung der "Demokratisierung der Wirtschaft", wie sie von den Rechtssozialisten propagiert wird. Statt die Arbeiterbewegung auf den Weg des Kampfes für den Sozialismus zu führen, führt diese Politik auf den Weg der "Klassenzusammenarbeit", des staatsmonopolistischen Kapitalismus, des "Volks-Kapitalismus" und des "Wohlfahrtsstaates", wie er von den rechten Sozialdemokraten gepriesen wird.

Der "Weg des Fortschrittes zur proletarischen Diktatur", der im jugoslawischen Programm gepredigt wird, ist nichts anderes als die alte opportunistische Theorie, daß der bürgerlich-demokratische Staat ohne Klassenkampf und Revolution in einen sozialistischen Staat hinüberwachsen könne. Das ist gleichbedeutend mit der Verneinung der proletarischen Diktatur im Namen der proletarischen Diktatur.

Bezeichnend ist, daß die jugoslawischen Revisionisten die führende Rolle des sozialistischen Staates, das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die Führung der Wirtschaft durch den Staat verneinen und die Losungen "Die Fabrik den Arbeitern" und "Das Land den Bauern" als sozialistische Grundsätze bezeichnen. Diese Auffassung ist nicht nur unmarxistisch, sie ist sogar eine Fortsetzung der anarchistisch-syndikalistischen Theorie, die dem Marxismus feindlich ist.

Unter dem Vorwand, daß der Staat eine Quelle der Bürokratie werden würde, treten die jugoslawischen Revisionisten gegen die Stärkung des sozialistischen Staates auf. Das ist nicht bloß ein Ausdruck anarchistischer Vorstellungen, sondern auch untrennbar verbunden mit der Theorie der Klassenzusammenarbeit, die den Klassenkampf beim Aufbau des Sozialismus leugnet. Schließlich bedeutet die Leugnung der führenden Rolle des sozialistischen Staates bei der Lenkung und Planung des Wirtschaftslebens die Übernahme der antimarxistischen Theorie BUCHARINS über das "spontane Wachstum" im sozialistischen Aufbau.

Alle Elemente des "jugoslawischen Weges" zum Sozialismus stehen im scharfen Gegensatz zur marxistisch-leninistischen Theorie. Es ist eine Linie, die den Sozialismus zersetzt und die Wiederherstellung des Kapitalismus fördert.

Was die Theorien der jugoslawischen Revisionisten über die